



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Mai 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 217 Postulat Sager Urban und Mit. über die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für Kunst- und Kulturschaffende und nahe Berufe im Veranstaltungsbereich / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Bildungs- und Kulturdepartement

Das Postulat P 217 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Urban Sager hält an der Dringlichkeit fest.

Der Regierungsrat nimmt zu seiner Ablehnung der dringlichen Behandlung der Vorstösse, die das Thema Corona betreffen, wie folgt Stellung:

Der Kampf gegen die Pandemie hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Insofern sind die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Themas gegeben. Davon unabhängig ist die Frage zu beurteilen, ob in der Mai-Session neue Massnahmen beschlossen werden müssen und ob der Kantonsrat seine Beschlüsse auf einer genügend guten Entscheidungsgrundlage fassen könnte. Derzeit liegt kein umfassendes Bild von der Wirkung der Bundesmassnahmen und den Corona-Schäden im Kanton Luzern vor – weder in Bezug auf die Gesellschaft noch in Bezug auf die Wirtschaft oder den Staatshaushalt. Der Kantonsrat hat die Mai-Session angesetzt, um Pendenzen auf der Traktandenliste abzutragen. Entsprechend haben sich die Fraktionen nicht angemessen auf eine ausserordentliche Corona-Session vorbereiten können. Für eine fundierte parlamentarische Debatte, welche die aktuelle Krisenpolitik sinnvoll ergänzen könnte, stehen somit weder die nötige Zeit noch die inhaltlichen Grundlagen zur Verfügung. Das ist eine ungenügende Voraussetzung, um die drei Dutzend Vorstösse zu diesem Thema mit der gebotenen Seriosität zu behandeln. Der Regierungsrat empfiehlt deshalb, nur wenige Wochen später – in der auf drei Tage angesetzten Juni-Session – eine ausführliche Corona-Debatte zu führen. Damit wären eine sorgfältige Auseinandersetzung des Parlaments mit den Vorstössen möglich sowie eine fundierte Beratung und das Fällen gut abgestützter Beschlüsse. Dem Thema würde die gebotene Sorgfalt zuteil, womit gerade auch den Anliegen der Urheberinnen und Urheber der Vorstösse am besten gedient wäre.

Urban Sager: Ich verstehe die Regierung nicht. Sie schreibt in ihrer Medienmitteilung vom vergangenen Freitag: «Der Kampf gegen die Pandemie hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Insofern sind die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Themas gegeben.» Das reicht bereits, mehr müsste die Regierung nicht sagen, sondern meinem und allen folgenden Corona-Vorstössen die Dringlichkeit zugestehen. Nun folgt aber ein weiterer Satz: «Davon unabhängig ist die Frage zu beurteilen, ob in der Mai-Session neue Massnahmen beschlossen werden müssen und ob der Kantonsrat seine Beschlüsse auf einer genügend guten Entscheidungsgrundlage fassen könnte.» Da bin ich stark irritiert. Es obliegt doch nicht der Exekutive, der Legislative zu sagen, ob sie in der Lage ist, weitere Massnahmen zu beschliessen. Das entscheidet das Parlament selbst. Ich gehe davon aus, dass sich die

grosse Mehrheit in diesem Saal nicht bevormunden lässt, und vertraue auf ihren Willen zur politischen Kontrolle der Regierung. Bezüglich meines Postulats gibt es einiges zu diskutieren, und zwar hier, jetzt und heute. Der Leiter der kantonalen Kulturförderung sagte vor ein paar Wochen in einem Interview, dass das Geld nicht reichen wird, wenn auch das Blue Balls und das Lucerne Festival abgesagt werden müssen. Beides ist geschehen. Was sagen wir jetzt all den Betroffenen im Kulturbereich, die bereits seit neun Wochen auf dem Trockenen sitzen und nicht wissen, wie es weitergeht? Die Regierung hat das Unterstützungsprogramm zwar verlängert, aber nicht mehr Geld gesprochen. Deshalb müssen wir hier und heute darüber diskutieren, ob unsere Regierung einfach nur Geld vom Bund weiterverteilen soll oder ob sich Luzern als ein Kulturkanton nicht auch selber in der Verantwortung sieht und den hiesigen Kulturschaffenden in dieser schwierigen Zeit zur Seite steht. Der Regierungsrat meint, das sei heute nicht zu entscheiden, wichtige Grundlagen würden fehlen. Aber wie will er wissen, dass diese in fünf Wochen vorliegen? Die bürgerliche Mehrheit kann das Postulat immer noch ablehnen, doch bitte stellen Sie sich der Debatte. Bitte unterstützen Sie die Dringlichkeit meines Postulats.

Claudia Huser Barmettler: Ich spreche zur Dringlichkeit aller Corona-Vorstösse. Die GLP-Fraktion zieht die Dringlichkeit ihrer Vorstösse A 234, P 246 und P 250 zurück und unterstützt den Regierungsrat in seinem Vorschlag, die Corona-Vorstösse in der Juni-Session zu behandeln. Warum tun wir dies? Die Krise ist nicht irgendeine Krise. Wir leben in einer noch nie dagewesenen Zeit, und die Folgen werden massiv sein. Für uns ist es daher wichtig, dass die Beantwortung durch die Regierung, aber auch unsere Behandlung und Meinungsbildung seriös sind, und wir bezweifeln, ob dies wirklich von heute zirka 9 Uhr, wenn die Antworten auf die Vorstösse vorlägen, möglich ist, da wir dann 21 Vorstösse zusätzlich beraten und abwägen sollen, während die Session läuft. Ich glaube, das geht nicht nur der GLP so. Wir wollen gute, langfristige Lösungen basierend auf Sachpolitik und nicht kurzfristiges Profilieren. Aber ich muss schon sagen: Wir waren überrascht über den Antrag der Regierung und auch darüber, dass uns dieser erst am Freitag vorlag. Aussergewöhnliche Zeiten verlangen auch aussergewöhnliche Kommunikation. Es wäre sicher möglich gewesen, diese Diskussion über die Dringlichkeit heute zu vermeiden. Wie gesagt stützen wir das Vorgehen der Regierung, aber nur mit gewissen Prämissen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie die Vorstösse bald behandelt, nicht dass nun die Dringlichkeit abgelehnt wird und gewisse Themen sich bis zur Juni-Session schon erledigt haben, weil von der Regierung bereits Weichen gestellt wurden. Wir wollen beispielsweise Bedingungen für die Gelder an den Tourismus. Es darf auch nicht sein, dass Bundesgelder schon ausgeschöpft werden, bevor wir darüber befinden. Wir erwarten, dass die Antworten in den nächsten Tagen erfolgen, sodass in den Kommissionen noch darauf eingegangen werden kann; insbesondere bei der Anfrage von Michèle Graber zur Schuldenbremse ist dies zwingend. Die GLP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit aller Corona-Vorstösse ab.

Urs Dickerhof: Die Session wurde angesagt, um die Arbeitslast abzutragen. Das haben die bürgerlichen Parteien berücksichtigt und ihre Vorstösse so eingereicht, dass man sie im Juni beantworten kann. Es wäre unseriös, wenn wir heute um 11 Uhr die Antworten hätten und um 13 Uhr darüber diskutieren und eventuell Massnahmen beschliessen müssten. Dies können wir souverän im Juni machen. Die Vorstösse der bürgerlichen Parteien gehen mehr in die Tiefe und geben weniger zu diskutieren. Wenn man nur darüber diskutieren möchte, was im Moment auf dieser Welt passiert, dann ist dies hier der falsche Ort. Die SVP-Fraktion wird die Dringlichkeit aller Corona-Vorstösse ablehnen.

Adrian Nussbaum: Ich spreche zur Dringlichkeit aller Corona-Vorstösse. Ich danke der Regierung für die Bereitschaft, alle Vorstösse zu diesem Thema zeitnah zu beantworten, sodass wir diese alle an der Juni-Session behandeln können. In einer Krisenzeit muss in erster Linie die Exekutive handeln, der Legislative verbleibt die Aufgabe der Oberaufsicht. Diese wird nachgelagert ausgeübt. Die Regierung des Kantons Luzern hat besonnen, kompetent und richtig gehandelt, und das Festhalten am Grundsatz, dass der Kanton subsidiär zum Bund handelt, ist richtig. Interessanterweise geht es fast bei allen dringlichen Corona-Vorstössen um Geld und wer oder was dieses erhalten soll. In der ersten Phase der

Corona-Krise ging es darum, die Liquidität sicherzustellen. Dies wurde mit einer grossen Anzahl von Massnahmen des Bundes und des Kantons erreicht: Covid-Kredite, LUKB-Kredite, die Erstreckung von Fristen bei der Bezahlung von Steuern, Reduktion von Zinsen und weitere. Dann kommt Phase zwei, wo wir uns überlegen müssen, ob dies reicht. Wenn nicht, stellen sich die Fragen: Wer bekommt zusätzlich Geld über welchen Kanal, wer zahlt dieses, und wie wird es refinanziert? Hier soll das Parlament mitreden. Wir sollten aber den Anspruch an uns haben, dies mit der entsprechenden Vorbereitung zu tun. Wenn wir die Dringlichkeit bejahen, bleiben uns nur einige Stunden neben der Session und dem Mittagessen – das ist nicht seriös. Vielleicht ging es bei der Einberufung der Session gar nicht wirklich um den Abbau von Geschäften, sondern darum, eine Grundsatzdebatte rund um die Corona-Krise zu führen. Die CVP befürwortet eine Debatte über die Corona-Massnahmen und andere Themen in diesem Zusammenhang, deshalb haben wir selber auch Vorstösse eingereicht. Wir möchten aber eine faktenbasierte Debatte mit der entsprechenden Vorbereitung in den Kommissionen und Fraktionen. Die CVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der Regierung und lehnt die Dringlichkeit der Corona-Vorstösse ab.

Andreas Moser: Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben das Wichtigste gesagt. Auch die FDP lehnt die Dringlichkeit der Corona-Vorstösse ab. Wir haben uns nie dagegen gewehrt, dass wir uns intensiv und seriös mit dem Thema auseinandersetzen. Wir haben intensiv gearbeitet und wollen dieser Arbeit Rechnung tragen. Darum sollten wir im Juni darüber diskutieren.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Regierungspräsident, Paul Winiker, hat unsere Meinung dargelegt. Wir werden die Vorstösse zeitnah beantworten, damit im Juni eine seriöse Debatte geführt werden kann.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.